

Ich habe in den letzten 40 Jahren Politik persönlich miterlebt, ich habe dabei auch intensiv die Meinungsbildungsprozesse in den Medien analysiert und beobachte jetzt schon seit längerem die Geschichtsschreibung zum persönlich erlebten Geschehen. Meine Erfahrung: Die Geschichtsschreibung orientiert sich wesentlich am gängigen Denken und zurret häufig nur noch das fest, was diese Geschichtsschreiber an gemachter Meinung und auch an Vorurteilen über politische Vorgänge und Personen vorfinden. Ein Musterbeispiel dafür ist der Beitrag des Historikers Wehler in der „Zeit“: „Aus Weimar lernen“. [Weiterlesen](#)

Zunächst noch zu Musterbeispielen aus der Vergangenheit:

In den meisten historischen Abhandlungen über Willy Brandt und seine Regierungszeit schlägt sich nieder, was während seiner aktiven Zeit medial vermittelt worden war. Er habe sich auf die Außenpolitik konzentriert, die innenpolitische, insbesondere die wirtschaftspolitische Bilanz sei mager. Willy Brandt sei ein Außenkanzler titelte der „Spiegel“ - nach meiner Erinnerung - 1973 und prägte damit wesentlich die Urteile und auch die Geschichtsschreibung. - Richtig ist, dass seine Regierungszeit auch wirtschafts-, gesellschafts- und rechtspolitisch durchaus erfolgreich war. Die Zuwachsraten der Einkommen sowohl der Unternehmen und Unternehmer als auch vor allem der Arbeitnehmer waren außerordentlich beachtlich. Mit dem Umweltschutz wurde begonnen usw.. Dennoch wird in vielen historischen Abhandlungen das Gegenteil vermittelt.

Der erfolgreichste SPD-Wahlkampf von 1972 sei mit dem Thema Ostpolitik und der starken Personalisierung mit Willy Brandt gewonnen worden. Beides war wichtig, aber entscheidend für die Mobilisierung der Anhänger Brandts und der SPD und damit zugleich auch für die einzigartig hohe Wahlbeteiligung von über 91% war eine offensive Auseinandersetzung mit dem Versuch des großen Geldes, die politische Macht mithilfe von viel Geld und anonymen Gruppen zurückzuerobern. In meinem [Buch über den Wahlkampf 1972](#) habe ich dies belegt. - In den historischen Werken kommt diese Realität in der Regel nicht vor. Die Fakten richtig zu sehen, wäre aber gerade heute wichtig für die Formulierung einer Strategie der Sozialdemokraten wie der politischen Linken insgesamt.

Ähnlich lückenhaft und verfälscht ist die Geschichtsschreibung über den Rücktritt Willy Brandts 1974 und auch zu den Ursachen für das Scheitern Helmut Schmidts im Jahr 1982.

Und jetzt kommt ein Historiker des Wegs, Hans-Ulrich Wehler, und belegt freundlicherweise die These von der Neigung vieler Historiker zur Nachplapperei mit aktuellem Material:

1. „Die Sozialdemokraten sind schlecht gerüstet für den Streit mit der Linkspartei. Sie sollten nicht versuchen, die neue Konkurrenz wie ehemals links zu überholen.“

Schon dieser Vorspann enthält eine ziemliche Ungenauigkeit. Es ist schon ganz schön tendentiös zu behaupten, die SPD habe in Weimar allein deshalb an Gewicht verloren hat, weil sie zu linke Wege gegangen sei.

2. Wehler gibt zum Abgang Lafontaines im März 1999 das wieder, was damals an Versionen von Schröder und Hombach verbreitet und von den Medien wiedergegeben worden ist: „Begründunglos über Nacht“ habe Lafontaine Amt und Partei verlassen. - Von einem Historiker sollte man erwarten, dass er zum Beispiel die damals über Großbritannien eingespielte Kampagne gegen den „gefährlichsten Mann Europas“ und die Differenzen in der Wirtschafts-, Sozial- und Militärpolitik wenigstens zur Kenntnis nimmt.
3. Mit dem Programm der Linken hat sich der Historiker offenbar nicht beschäftigt. Aber er hat ein festes Urteil, das gängige: „eine kunterbunte Mischung von Ressentiments, anachronistischen Postulaten, regionalen Eigenarten und jenem bösen Erbe, das der Steinzeitmarxismus der PDS bisher gespeichert hat.“ - Nebenbei, dass sich die „Zeit“ nicht missbraucht und blöd vorkommt, einen solchen Blödsinn zu verbreiten. Zum Beispiel: die regionalen Eigenarten schleppen vermutlich alle Parteien in ihren Programmen mit sich. Wie anders wäre die Unantastbarkeit der Agrarsubventionen (Rücksicht auf Bayern und Niedersachsen zum Beispiel) oder die Sonderbehandlung der Steinkohle (Rücksicht auf Nordrhein-Westfalen) oder die Förderung von Werften und Schiffen (die Sonderinteressen Hamburgs) zu verstehen?
Wichtiger: Wenn die Linke die Arbeitslosenversicherung und die Rentenversicherung wieder stabilisieren will, dann ist das weder kunterbunt noch anachronistisch. Das gleiche gilt für die Forderung nach Rückzug aus Afghanistan. Da soll der Professor Wehler sich doch einmal die anachronistischen Vorstellungen in der SPD-Fraktion zum Afghanistan-Einsatz anschauen. Dass es dort in dieser Frage Widerstreit gibt, finde ich übrigens ganz und gar nicht ehrenrührig.
4. Und dann kommt das gängige Argument für Schröders Agenda 2010. Es sei sein Verdienst, „mit wenn auch fünfjähriger Verspätung endlich ein längst überfälliges Reformprogramm auf den Weg gebracht zu haben.“ Und daran schließt sich Kritik an Becks Äußerung an, man habe dem Wähler jetzt genug Reformen zugemutet. - Der Historiker Wehler hat offenbar die gesamte Palette der gängigen Vorurteile der neoliberalen Modernisierer drauf. Er glaubt an den Reformstau, obwohl schon seit Beginn der Kanzlerschaft Kohls unentwegt reformiert worden ist. (Davon haben wir in den NachDenkSeiten ausführlich berichtet; „Die Reformlüge“ und „Machtwahn“ sind voll von Belegen). Aber die Wirklichkeit spielt für die Geschichtsschreibung offenbar keine Rolle. Wir können mit Sicherheit davon ausgehen, dass in den Geschichtsbüchern Deutschlands künftig stehen wird, was Wehler im untersuchten Zeitartikel behauptet. Übrigens taucht in diesem Artikel kein einziges Beispiel zur

Untermauerung der Behauptungen auf.

5. Ein bisschen lustig wirkt sich genau dieser Nachteil der mangelnden Empirie dann an einer anderen Einlassung von Wehler aus. Wehler meint, der „Wildwuchs des Turbokapitalismus bedürfe der Einhegung“. Schön formuliert. Nur passt diese Forderung nun überhaupt nicht zum Lob für Schröders Reformpolitik. Eine der ersten Reformtaten von Schröder war nämlich die Steuerbefreiung der Gewinne der Heuschrecken zum 1.1.2002. Und andere Reformtaten wie das ÖPP-Beschleunigungsgesetz erleichtern das Fleddern deutscher Unternehmen und Wohnungsbestände durch Turbokapitalisten. Und was hat die Bundesregierung von Schröder bis Merkel im Kampf gegen Steueroasen unternommen?

Dem Historiker fällt das alles nicht auf, weil ihn die Realität gar nicht interessiert. Der Transport von eingerasteten Vorurteilen und gängigen Behauptungen in die Geschichtsbücher reicht als Lebensleistung.

Nachtrag:

Im Kontext Sozialdemokratie und Linkspartei sind noch folgende Hinweise von Interesse:

Koch rät Sozialdemokraten zu Becks Abwahl

Die SPD und ihr Vorsitzender Kurt Beck geraten von allen Seiten unter Beschuss. Linken-Chef Oskar Lafontaine macht Beck für „millionenfache Ausbeutung“ persönlich verantwortlich. Hessens Ministerpräsident Roland Koch rät der SPD gar, sich einen neuen Vorsitzenden zuzulegen.

Quelle: [Spiegel](#)

Die Linke klaut das Erbe der Grünen

Die Linke ist nicht nur die wahre Ökopartei sein. Jetzt soll sie auch noch die Nachfolge der grünen Bürgerrechtspolitik antreten.

Quelle: [taz](#)